

Erfcheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil: die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil: die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden

Gerichtsstand:
für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Sprechstunde Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 292

Montag, den 14. Dezember 1931

Jahrgang 104

Ein Wort zur deutschen Auslandsverschuldung

Wirtschaftsminister Warmbold verliest eine Rede des Reichskanzlers
Deutschland hat keine Anleihegelder verschwendet

U. Berlin, 14. Dez. Die amerikanische Handelskammer in Deutschland veranstaltete am Samstagabend im Hotel Esplanade ihr Jahresessen. Zur großen Enttäuschung aller konnte Reichskanzler Brüning wegen einer Indisposition nicht erscheinen und die von ihm beabsichtigte Rede nicht halten. Der von Reichswirtschaftsminister Warmbold verlesenen Kanzlerrede entnehmen wir folgendes:

Seit langem sind alle Einsichtigen sich darüber einig, daß es nur ein Mittel gibt, um Schulden an das Ausland zu bezahlen, nämlich den wirtschaftlichen Ueberschuß. Der Damesplan hat dies feinerzeit in einer geradezu klaffenden Klarheit ausgesprochen. Bis zum Jahre 1929 haben die Auslandskredite die wirkliche Lage verleierte. Als dieser Scheiter gefallen ist und die Auslandskredite ausgeblieben sind, hat der harte Zwang der wirtschaftlichen Notwendigkeit zu einem Ausfuhrüberschuß geführt, wie wir ihn in der deutschen Wirtschaftsgeschichte noch nicht erlebt haben. Es erfüllt mich mit der größten Sorge und es ist ein völliger Widerspruch, daß jetzt fast alle Länder um Deutschland herum und am meisten gerade die Länder, die von Deutschland Schuldenzahlungen — seien es öffentliche oder private — erwarten, mit allen Mitteln sich zum Kampf gegen die deutsche Ausfuhr rufen. Und doch muß die deutsche Wirtschaft, gerade um als ehrlicher Schuldner die Kredite zurückzahlen zu können, in Zukunft noch größere Anstrengungen machen, um die deutsche Ausfuhr noch weiter zu steigern. Auf diesem Wege wird die Welt nicht in Ordnung gebracht werden. Man muß sich entscheiden:

Entweder man läßt uns exportieren, dann können wir bezahlen, oder man verhindert unseren Export, dann macht man uns die Zahlungen politischer Schulden selbst unmöglich. Ich glaube, daß gerade Sie als Geschäftsleute für diese Realitäten Verständnis haben. Leider sind aber in letzter Zeit in der amerikanischen Öffentlichkeit gewisse Ansichten laut geworden, die kein richtiges Bild von den Dingen in Deutschland geben und deren Verbreitung ungeeignet ist, das gegenseitige Vertrauen der beiden großen Völker zu erschweren. Es droht nachgerade ein Schlagwort zu werden, als seien die nach Deutschland geflossenen amerikanischen Anleihen in der Hauptsache zu städtischen Luxusbauten verwendet worden.

Ich will zugeben, daß es wünschenswert gewesen wäre, wenn wir überhaupt in der Vergangenheit weniger im Ausland geborgt hätten und wenn insbesondere solche Anleihen unterblieben wären, deren Verwendungszweck einer Prüfung nach rein wirtschaftlichen Grundsätzen nicht völlig standhält. Ganz falsch wäre es aber, wenn man dies verallgemeinern wollte. Die Länder und Gemeinden, gegen die sich dieser Vorwurf in erster Linie richtet, sind an dem Gesamtbeitrag der Auslandsanleihen, die seit 1924 im Ausland aufgenommen worden sind, nur mit etwa 12 vom Hundert beteiligt. Insgesamt sind von der deutschen öffentlichen Hand während der Jahre 1924/30 18,5 Milliarden Mark Anleihen — Inlands- und Auslandsanleihen — zusammen aufgenommen worden. Aus diesen sind in den sieben Jahren von 1924/30 nur insgesamt 265,2 Millionen für Zwecke ausgegeben, die man bei weiter Auslegung vielleicht als Luxusausgaben ansprechen könnte, nämlich für Kunst und Wissenschaft, Badeanstalten, Leibesübungen und Sport, Jugendwohlfahrt, Garten- und Parkanlagen und für

die Pflege von Kurorten. Dieser Betrag von 265,2 Millionen Mark erstreckt sich, wie gesagt, über einen Zeitraum von sieben Jahren, in denen das deutsche Volk nach langer Unterbrechung jeder Kulturaktivität durch Krieg und Inflation glaubte, wieder an den Aufbau herantreten zu können.

In der Summe von 265,2 Millionen Mark sind allerdings Ausgaben für Wohnungsbauten nicht mit eingerechnet, denn es würde zweifellos über das Ziel hinausgehen, wenn man auch die Ausgaben für Wohnungsbauten zu den Luxusausgaben hinzuzählen wollte. Ich brauche übrigens nicht besonders zu betonen, daß in allen Fällen der Hergabe von Anleihen an deutsche Länder und Gemeinden der Verwendungszweck den Anleihegebern vorher bekannt gewesen ist. Die deutschen Schuldner haben in dieser Zeit der Kreditkrise vor dem Stillhalteabkommen und nach diesem den Beweis erbracht, daß sie willens sind, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um ihre Gläubiger zu befriedigen.

Ich hoffe, daß es gelingen wird, eine Lösung dieser Fragen auf möglichst breiter, die Wirtschaftskrise wirklich umfassender Basis zu finden, aber ich wiederhole, was ich vor einigen Tagen ausgeführt habe, daß die Bemühungen nur dann Erfolg haben können, wenn alle Beteiligten, besonders alle beteiligten Regierungen, dafür sorgen, daß die oft verkündeten Grundsätze solidarischen Zusammenwirkens sich jetzt endlich in letzter Stunde in die Tat umsetzen. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat durch sein Eingreifen im Juni dieses Jahres den Weg gewiesen. Auf seine und des amerikanischen Volkes Stellungnahme wird es auch weiterhin bei der Lösung dieses Problems entscheidend ankommen.

Noch gegen einen anderen Vorwurf möchte ich mich wenden. Es wird uns jetzt wieder der Vorwurf gemacht, daß wir die Kapitalflucht nicht wirksam bekämpft haben. Wie hoch das geflüchtete Kapital ist, weiß niemand. Eines steht aber fest, nämlich, daß das geflüchtete Kapital bei weitem nicht an die Summen heranreicht, die man manchmal hört. Es wird da oft das ganz legitim im Ausland angelegte Kapital mit Fluchtkapital verwechselt. Die Reichsregierung hat alles getan, um die Kapitalflucht zu verhindern. Aber auf diesem Gebiet gewährleisten auch die schärfsten Maßnahmen keinen vollen Erfolg.

Der Reichskanzler beruft sich dafür auf zwei einwandfreie Zeugen: Auf den Bericht des Mc. Kenna-Komitees, das feinerzeit parallel mit dem Dames-Komitee besonders die deutschen Auslandsanleihen geprüft hat, sowie auf Poincaré, der als Ministerpräsident im Jahre 1925 auf ähnliche Vorwürfe gegenüber der französischen Regierung in der Kammer erklärt hat: „Ich versichere, daß an dem Tag, an dem uns jemand ein Mittel vorschlägt, um die Kapitalflucht zu unterdrücken, wir es mit Nachdruck anwenden werden. Bis heute jedoch ist kein Mittel dagegen bekannt.“ Ich habe hier, so fährt der Reichskanzler fort, nur von dem einen Teil des deutschen Verschuldungsproblems gesprochen, von der Privatverschuldung. Ich habe es mir versagen müssen, auf die andere Seite des Problems, die Frage der Reparationen, hier einzugehen, weil ich in die in Basel schwebenden Verhandlungen nicht eingreifen möchte. Sie alle kennen die Zusammenhänge, die zwischen diesen beiden Problemen bestehen.

Große Ausprache im Haushaltsausschuß

Organisierter Massen Schmuggel an der Westgrenze.

U. Berlin, 14. Dez. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurden zunächst außerordentliche Zuwendungen an Beamte und Hilfskräfte des Grenzüberwachungs- und Streckenaufräumdienstes bewilligt. Der Reichsfinanzminister hat in einem Schreiben an den Ausschuß darauf hingewiesen, daß der Schmuggel an der Westgrenze einen Umfang angenommen habe, der nicht nur die Reichsfinanzen aufs schwerste schädige, sondern auch in einzelnen Gegenden ganze Wirtschaftszweige zum Erliegen zu bringen drohe. Die Waren würden von zum Teil bewaffneten Banden in Stärke bis zu 100 Mann unter kriegsmäßiger Sicherung über die Grenze gebracht, wobei Kraftfahrzeuge, oft sogar Panzerwagen verwendet würden. An schwer auffindbaren Stellen werde das Schmuggelgut niedergelegt und durch Kraftfahrzeuge in das Industriegebiet gebracht, wo es von Erwerbslosen in kleineren Mengen vertrieben werde. Die Absatzorganisation reiche aber bis in die Großstädte des Inlandes, z. B. auch nach Hamburg und Berlin.

In letzter Zeit sei es beim Zusammentreffen mit Schmugglern in vielen Fällen zu lebhaften Feuergefechten gekommen. Nicht selten seien die Beamten gezwungen, gepanzerte

Schmuggelautos, die die vordere Linie durchbrochen hätten, zu verfolgen und mit der Waffe zu stellen. Es sei möglich gewesen, allein in den Landesfinanzbezirken Münster, Düsseldorf und Köln von April bis Ende Oktober des Jahres 25 800 Schmuggelfälle zur Anzeige zu bringen und 18,9 Millionen Zigaretten, 223 000 Päckchen Zigarettenpapier, 45 000 Zigarren, über 30 000 Kilogramm Tabak, über eine Viertelmillion Kilogramm Getreide, 112 000 Kilogramm Mäckerzeugnisse und etwa 1000 Kraftwagen und Fahrräder zu beschlagnahmen. Diese Erfolge seien nur dadurch möglich gewesen, daß sich die Beamten weit über ihre Pflicht hinaus unter Einsatz von Leben und Gesundheit in den Dienst der Schmuggelbekämpfung stellten.

Bei der Fortsetzung der finanzpolitischen Aussprache betonte Abgeordneter Drewitz (W.P.), daß sich die Preislenkungsaktion nicht nur mit den Preisen selbst, sondern auch mit der Güte der Waren beschäftigen müsse, vor allem bei den Kohlen. Der sozialdemokratische Redner Reil erklärte, daß die Massen der Bevölkerung an Steuern im Jahre 1931 rund eine Milliarde mehr zu zahlen hätten, als 1929, der Besitz dagegen eine halbe Milliarde weniger. Eigentlich sei jetzt die Zeit gekommen, wo der Reichstag in würdiger, entschiedener und unzweideutiger Form eine Kundgebung an die Welt richten müsse, daß die Weiterzahlung der

Tages-Spiegel

Auf dem Jahresessen der amerikanischen Handelskammer in Berlin wurde eine Rede des Reichskanzlers verlesen, in welcher die Behauptung, Deutschland habe mit Anleihegeldern verschwendet, rüch gewirtschaftet, widerlegt wird.

Im Haushaltsausschuß wurde die finanzpolitische Aussprache fortgesetzt und von sozialdemokratischer Seite gefordert, der Reichstag solle die Unmöglichkeit weiterer Tributzahlungen aussprechen.

Die Londoner Zeitung „Daily Telegraph“ veröffentlicht Geheiminstruktionen an die französischen Vorkämpfer, aus denen der rigorose Standpunkt Frankreichs in der Reparationsfrage deutlich wird.

Der amerikanische Kongreß hat die Ratifizierung des Hoovermoratoriums verschoben, so daß morgen die Raten für die Kriegsschulden fällig werden. Die amerikanische Regierung wird jedoch, trotzdem die Aussicht auf weitere Zugeständnisse gering ist, eine Nichtzahlung der fälligen Raten nicht beanstanden.

Japan und Persien haben infolge großer Abzüge die weitere Goldausfuhr verboten.

Der Württ. Waldbesitzerverband faßte in seiner Jahresversammlung in Stuttgart eine scharfe Entschlieung, vornehmlich gegen die Einführung russischen Holzes.

Tribute für Deutschland unmöglich sei. Abgeordneter Gillerding (Soz.) bemerkte, wenn an Stelle dieser Notverordnung eine bessere Verordnung gefaßt werden könnte, so würden seine Freunde nicht einen Augenblick zögern, die Notverordnung abzulehnen. Ueber den wirtschaftlichen Erwägungen müßten aber die politischen Erwägungen stehen. Zweifelloß bedeute die Notverordnung an vielen Stellen eine Verletzung der Arbeiterrechte, aber man müsse politische Gründe berücksichtigen. Abgeordneter Morath (D.P.) nahm gegen die erneute Klärung der Beamtengehälter Stellung, die in ihrer realen Höhe viel niedriger seien als 1913.

Die allgemeine Finanzansprache und die Abstimmung über die damit in Verbindung stehenden Anträge werden nach der Weihnachtspause zur Erledigung kommen.

Hoover hat einen schweren Stand

U. Washington, 14. Dez. Die von der amerikanischen Regierung geplante Absendung einer Note an die Schuldnerländer, wonach diese im Falle eines Zahlungsverzuges der am 15. Dezember fälligen Schulden als nicht fällig erklärt werden sollen, ist auf den Widerstand der Parteien gestoßen. Es verlautet, daß die Regierung die geplante Note nicht absenden wird, sondern daß sie die Schuldnerländer nur davon in Kenntnis setzen wird, daß eine Nichtzahlung der fälligen Raten „offiziell unkritisiert“ bleiben werde. Die Parteiführer haben dem Präsidenten mitgeteilt, daß die Ratifizierung des Moratoriums durch den Kongreß bis zum Dienstag unmöglich sei. Eine Billigung des Moratoriums erscheint nicht ausgeschlossen. Der Entscheidung werden allerdings noch bittere Kämpfe vorangehen. Wegen weitere Zugeständnisse wird sich schärfste Opposition geltend machen.

Staatssekretär Mellon stellt in einer Erklärung fest, daß das Beharren der Vereinigten Staaten auf völliger Wiederaufnahme der Kriegsschuldenzahlungen angesichts der finanziellen Lage einiger europäischer Staaten, sowohl der Verantwortung der Washingtoner Regierung gegenüber dem amerikanischen Volk als auch gegenüber den Schuldnerländern, deren Zahlungsfähigkeit zu prüfen Amerika übernehmen habe, widersprechen würde. Glaubt denn jemand, so fragt er, daß man von Oesterreich und Ungarn die Zahlung der fälligen Verpflichtungen verlangen kann, wenn man die anhergewöhlichen Umstände, in denen sich diese Länder befinden, und die großen Schwierigkeiten berücksichtigt, die sie haben, um auch nur das Mindestmaß an solchen ausländischen Devisen zu erhalten, das sie zu ihrem Handel mit der übrigen Welt unbedingt gebrauchen? Glaubt ferner jemand, daß Amerika von Deutschland die Zahlungen für die Kosten der Besatzungsarmee verlangen kann, wenn derartigen amerikanischen Forderungen sofort die anderen Gläubiger mit ihren Forderungen auf eine volle Zahlung der Reparationen folgen. Weber der Angelegenheit noch der Dank werden es blindlings verweigern, die veränderlichen Umstände eines Schuldners, dessen unbesicherte Verpflichtungen er in seiner Hand hält, zu untersuchen und die Lage neu zu erwägen.

unger
E. V.
eier
Dezbr.
Kirten
iseler
mozhelm
20 Pfg.
Weber
undlung
pambala
eher 189
ts=
Bibeln
büchlein
Literatur
derbücher
arente
ungerahmt
bmappen
lter
örteile.
kel
digkeit bei
171
men!

Die Ueberwachung der Preise

— Berlin, 13. Dez. Die Reichsregierung will Preise und Löhne auf den Stand vom Januar 1927 zurückführen. Der Anfang des Jahres 1927 stand zwar noch im Schatten der verhältnismäßig schweren Krise des Jahres 1926. Dann begann die trügerische Belebung durch ausländische Gelder. Die Löhne und die Lebenshaltungskosten stiegen. Fast das ganze Jahr 1927 füllten Lohnbewegungen, die teilweise bis in den Sommer 1929 hinein andauerten. So stieg die Entwicklung der Tariflöhne kräftiger als die der Lebenshaltungskosten. In der Hochkonjunktur des Jahres 1927 begannen dann zunächst die freien Preise über die gebundenen zu steigen. Von 1928 an bröckelte die Konjunktur ab und die freien Preise gaben ihr nach, während die gebundenen Preise beharrten und das heutige Mißverhältnis schufen. Setzt man den Stand von 1926 gleich 100, so sind bis zum Juli 1930 die freien Preise auf 78,9 gesunken, während die gebundenen Preise nach einem weiteren Anstieg bis auf 105,3 sich schließlich auf 103,3 stellten. Die Notverordnungsbestimmungen sollen das Auseinanderklaffen beseitigen.

Aus der neuen Notverordnung

Die arbeitsrechtlichen Vorschriften

Der sechste Teil der Notverordnung, der sich mit den arbeitsrechtlichen Vorschriften befaßt, bestimmt im wesentlichen folgendes:

§ 1. Alle am Tage des Inkrafttretens dieses Kapitels laufenden Tarifverträge (Lohn-, Mantel- und andere Tarifverträge) laufen, wenn sie nicht auf längere Dauer abgeschlossen sind oder wenn die Tarifvertragsparteien nicht nach dem Inkrafttreten dieses Kapitels eine andere Dauer vereinbaren, mit dem 30. April 1932 ab.

§ 2. Falls die Lohn- oder Gehaltsätze eines am Tage des Inkrafttretens dieses Kapitels laufenden Tarifvertrags höher liegen als die des entsprechenden Tarifvertrags für den 10. Januar 1927, gelten mit Wirkung vom 1. Januar 1932 die niedrigeren Lohn- oder Gehaltsätze dieses Tarifvertrags als in dem laufenden Tarifvertrag vereinbart. Liegen die Lohn- oder Gehaltsätze des laufenden Tarifvertrags mehr als 10 v. H. über denen des entsprechenden Tarifvertrags für den 10. Januar 1927, so tritt lediglich eine Kürzung um 10 v. H. ein; bei Lohn- oder Gehaltsätzen, die seit dem 1. Juli 1931 nicht tarifrechtlich herabgesetzt worden sind, tritt an Stelle des Satzes von 10 v. H. der Satz von 15 v. H.

Zu dem Kapitel

Sicherung des Weihnachtsfriedens

wird darauf hingewiesen, daß geschlossene Versammlungen politischer Vereine in geschlossenen Räumen nach wie vor gestattet seien. Es seien nur öffentliche politische Versammlungen. Zu der Tatsache, daß die ursprünglich erwarteten Bestimmungen über literarischen Landbesverrat unter dem Begriff der Staatsverleumdung in der neuen Notverordnung fallen, wird an zuständiger Stelle erklärt, daß diese besondere Frage, die nicht den inneren Frieden, sondern Schutz nach außen bestimmt, immer noch erwogen wird. Das Kabinett selbst hat sich damit noch nicht beschäftigt.

Die Besprechung mit den Ländervertretern. Im Reichsarbeitsministerium tagten Vertreter der deutschen Länder, um über technische Einzelheiten für die Neuregelung des Wohnungswesens durch die Notverordnung zu beraten. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen.

Um die Regelung der Stillhaltecredite

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ weist auf die gegenläufigen Auffassungen hin, die zwischen den deutschen Banken und ihren ausländischen Gläubigern bestehen, und die vielleicht ebenso schwer zu überbrücken sein würden, wie diejenigen in Basel. Der Standpunkt der deutschen Bankvertreter wird dahin wiedergegeben, daß das Abkommen um 6 Monate verlängert wird. Darnach sollen dann Rückzahlungen einsehen, die sich auf 10 Jahre verteilen, jedoch unter dem Vorbehalt, daß Deutschland keine Reparationen zu leisten hat und stets einen hinreichend hohen Ausfuhrüberschuß aufweisen kann. Die französischen Bankiers würden zunächst auf einer genaueren Untersuchung und Klassifizierung der verschiedenen Kreditarten bestehen und vorschlagen, daß nur gewisse Arten für baldige Rückzahlung in Frage kämen, während der Rest als verhältnismäßig „schlechte“ Schulden behandelt werden soll, die entweder gestrichen oder zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt zurückzahlen seien. Auf diese Weise hofften die Franzosen für Frankreich einen erheblichen Anteil an den Tributzahlungen zu erzielen, die Deutschland während der nächsten Jahre machen könne. Die englischen und amerikanischen Bankiers würden nach Meinung des Korrespondenten sich mit einer Erneuerung des Abkommens auf 6 Monate einverstanden erklären, wonach ein neues Abkommen abzuschließen wäre. Sie würden Deutschland keine Hoffnung machen oder versprechen, die kurzfristigen Kredite baldigst in langfristige Anleihen umzuwandeln, sondern sich für eine schrittweise Amortisierung der Kredite in Halbjahreszahlungen einsehen.

Das deutsch-französische Problem

II. Paris, 13. Dez. Der Auswärtige Ausschuss des Senats trat unter dem Vorsitz Berengers zusammen, um einen Bericht des Senators Henry de Jouvenel über das deutsch-französische Problem entgegenzunehmen. De Jouvenel betonte, daß es sich hier weniger um eine Vertrauensfrage, als um die technische Seite des Problems handle. Deutschland habe in den Jahren 1924 bis 1930 mit Hilfe englischer und amerikanischer Banken übermäßige Ausgaben gemacht und Kreditmißbrauch getrieben, trotz der Warnungen des Tributkommissars Parker Gilbert. Die Tributlasten stellten nicht einmal 1 Milliarde jährlich, also nur einen geringen Bruchteil der im deutschen Haushalt vorgesehenen Ausgaben, dar.

De Jouvenel äußerte sich dann über die von Frankreich zu verfolgende Politik. Seiner Ansicht nach müsse es sich

bedienen, eine Fiskalisierung zu vermeiden und die Weltmeierheit auf seine Seite zu bringen. Zu diesem Zweck müsse es das Problem der interalliierten Schulden aufröhlen und dieses Problem der Tributfrage unterordnen. Die Bemühungen des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses müßten unterstützt werden. Technische Zusammenarbeit in den verschiedenen Wirtschaftszweigen der beiden Länder, wie auf dem Gebiet der öffentlichen Arbeiten, der Handels- und Luftschifffahrt, der Industrie usw., wären der beste Auftakt zur Abrüstungskonferenz.

Die Arbeitslosenziffer in Frankreich

Der Abgeordnete Landry gab bekannt, daß die Gesamtzahl der Vollarbeitslosen in Frankreich zurzeit 300 000 Personen überschritten habe. Von der Teilarbeitslosigkeit seien etwa 2 1/2 Millionen Personen betroffen.

Grandis Reisebericht

II. Rom, 13. Dez. Der italienische Außenminister Grandi hielt im Senat eine Rede, in der er die Ergebnisse seiner Amerika-reise behandelte. Die Initiative des Präsidenten Hoover — so erklärte Grandi — stelle den ersten greifbaren Akt internationaler Zusammenarbeit dar. In demselben Geist der offenen Zustimmung, mit dem Italien sofort bedingungslos den Vorschlag Hoovers annahm, sei die Regierung der Vereinigten Staaten dem von Italien im Völkerbund eingebrachten Vorschlag des Rüstungswaffenstillstandes entgegengekommen. Beide Vorschläge, die als vorübergehende Maßnahmen zur Erreichung sofortiger Ergebnisse gedacht wären, hätten in ideeller und moralischer Hinsicht etwas Gemeinsames und seien aus dem gleichen Geist einer lebendigen Zusammenarbeit zwischen den Völkern geboren.

In seiner letzten Botschaft an den Kongress — so fuhr Grandi fort — habe Präsident Hoover nochmals betont, wie bedeutungsvoll für die Lösung der Abrüstungsfrage ein glücklicher Abschluß der Verhandlungen sein könnte, die gegenwärtig zur Ergänzung des Londoner Flottenabkommens im Gange sind. „Ich brauche gewiß nicht zu wiederholen, wie herzlich die italienische Regierung den vom Präsidenten der Vereinigten Staaten zum Ausdruck gebrachten Gedanken begrüßt. Wir haben bereits unser Möglichstes getan und sind bereit, es stets zu tun, damit sich dieser glückliche Abschluß verwirklicht.“

Grandi wiederholte nochmals, daß er in Amerika nichts für sein Land zu erbitten hatte, noch irgendwelche Vorschläge für geheime Sonderverträge hingebraucht habe, sondern nur den Beitrag Italiens zur Lösung der großen Probleme, an denen die Welt leide. Mit besonderem Nachdruck stellte Grandi fest, daß Verhandlungen zur Klärung vieler gemeinsamer Fragen beigetragen hätten. Man könne darauf vertrauen, daß die italienisch-amerikanischen Verhandlungen sich als eine gute Grundlage für die kommende Entwicklung erweisen werden.

Politische Kurzmeldungen

Die Reichstagsfraktion der DDP hat sich einigend mit der letzten Notverordnung beschäftigt. Dabei wurde anerkannt, daß der erste Versuch eines Wirtschaftsprogramms vorhanden ist, daß man aber den einzelnen Bestimmungen doch sehr skeptisch gegenüberstehen müsse. — Adolf Hitler sollte im Auftrag der Reichs-Presse eine Rede vor der amerikanischen Öffentlichkeit halten, die mittels Fernsprecher bis England und von da durch drahtlose Telephonie auf den amerikanischen Rundfunk mit sämtlichen Sendern der Vereinigten Staaten, Kanadas und Mexikos übertragen werden sollte. Die Reichsregierung hat die Wiedergabe dieser Rede verhindert. Die amerikanische Presse wird nun den Wortlaut der beabsichtigt gewesenen Rede veröffentlichen. — In Hessen ist die Wahl des Staatspräsidenten bis zur Klärung der politischen Lage verschoben worden. Die Zentrumspartei hat dem Regierungsprogramm der NSDAP weitgehend zugestimmt, jedoch absolute Legalität in allen Handlungen und Unterstützung der aktiven Außenpolitik der Reichsregierung zur Vorbedingung einer Zusammenarbeit gemacht. — Die englische Regierung hat dem französischen Vorkämpfer in London eine neue Note überreicht, in der in wesentlich schärferer Form die Aufhebung der Zusatzölle von 15 v. H. auf englische Waren verlangt wird. — Der Mißerfolg des Völkerbundsrats in der Schlichtung des Mandchureikonflikts wird in Paris und London offen zugegeben. Das Pariser Blatt „Figaro“ spricht von der Ohnmacht des Völkerbundes. Seinen dreimonatigen Anstrengungen sei es nur gelungen, die Lage in der Mandchurei noch zu verschlimmern. Die „Times“ stellt fest, daß das Ansehen des Völkerbundes eine ernste Schlappe erlitten habe. — Das japanische Kabinett hat seinen Rücktritt beschlossen. Amtlich wird hierzu erklärt, daß der Rücktritt des Kabinetts mit der politischen Lage in der Mandchurei nichts zu tun habe, sondern durch verschiedene wirtschaftliche und finanzielle Ereignisse in Japan verursacht worden sei. — Eine amtliche Verlautbarung der japanischen Regierung zur Abrüstungsfrage befaßt: Japan stehe bezüglich seines Kriegsmaterials und seiner Kriegsmittel weit hinter den übrigen Ländern zurück und sei deshalb zur Abrüstung gezwungen. Japan verlange das Recht, eine Flotte zu unterhalten, deren Leistungsfähigkeit 70 v. H. der amerikanischen und 60 v. H. der englischen Flotte betrage. Auch die Landstreitkräfte könnten unmöglich verringert werden. — Im amerikanischen Kongress macht sich ein allgemeiner Widerstand gegen weitere Konzessionen in der Schuldenfrage ohne vorherige wesentliche Abrüstung Europas bemerkbar. Auch Hoovers Steuervorlagen begegnen einer scharfen Opposition. — In Manila auf den Philippinen ist ein Anschlag gegen die Regierungsbehörden aufgedeckt worden. 214 Personen sind verhaftet worden. — Der polnische Außenminister Zaleski soll bei seinem Besuch in London erneut den Gedanken eines politischen Waffenstillstandes und eines Dlocarno propagiert haben. Engländerseits hat man ihm jedoch bedeutet, daß bei der gegenwärtigen Lage eine weitere Ausdehnung der englischen Verpflichtungen in Europa nicht angebracht erscheine.

Kleine politische Nachrichten

Braunkohlenpreissenkung. Das mitteldeutsche Braunkohlenyndikat hat beschlossen, auf Grund der neuen Notverordnung die Braunkohlenpreise mit Wirkung ab 11. 12. zu senken. Der Umfang der Senkung wird noch bekanntgegeben, da erst das Ausmaß der Senkung der Frachtsätze der Reichsbahn festzustellen ist. Auch das ostelbische Braunkohlenyndikat hat beschlossen, die Lieferungen am 11. Dezember bereits zu dem ab 1. Januar 1932 gültigen Preis anzurechnen.

Die Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz sind in vollem Gange. Entgegen anderen Meldungen ist die deutsche Abordnung allerdings noch nicht bestimmt worden. Es ist jedoch anzunehmen, daß angesichts der großen Bedeutung dieser Konferenz Reichskanzler Brüning persönlich die Führung der Abordnung übernehmen wird. Bei längerer Dauer der Konferenz dürfte ein ständiger Stellvertreter ernannt werden.

Zinssenkung bei der Preußenkasse. Die Preußenkasse teilt mit: Im Sinne der Bestimmungen der 4. Notverordnung und im Zusammenhang mit den Maßnahmen der Reichsbank hat die Preussische Zentralgenossenschaftskasse mit Wirkung vom 10. Dez. 1931 ihre Sollzinsätze entsprechend der Senkung der Zinssätze bei der Reichsbank herabgesetzt.

Einführung einer Schlachtsteuer in Preußen. Wie die „Fleischerverbandszeitung“ mitteilt, plant Preußen die Einführung einer Schlachtsteuer. Das Fleischnachhandwerk erhebt gegen die Einführung dieser Steuer Einspruch.

Abkommen über die kriegsvorbereitenden Maßnahmen von Deutschland unterzeichnet. Die Reichsregierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes mitteilen lassen, daß Deutschland das Abkommen über den Ausbau der kriegsvorbereitenden Maßnahmen des Völkerbundsrates unterzeichnet habe. Deutschland hat das Abkommen als erste der europäischen Großmächte unterzeichnet.

Zuwahl eines Nationalsozialisten in das Präsidium des Reichslandbundes? Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat sich dafür ausgesprochen, die Stellung eines vierten Präsidenten zu schaffen, die mit einem Nationalsozialisten besetzt werden soll. Ueber die notwendige Satzungsänderung soll in einer Vertreterversammlung in Berlin beschloffen werden. Als vierter Präsident des Reichslandbundes kommt voraussichtlich der der NSDAP. angehörige Landwirt Willkens in Betracht.

Alcala Zamora zum spanischen Staatspräsidenten gewählt. Die spanische Nationalversammlung wählte Alcala Zamora zum Staatspräsidenten. Er erhielt 362 Stimmen von insgesamt 410.

Aus aller Welt

Pfarrer Edert aus dem Kirchendienst entlassen

Der Mannheimer Pfarrer Erwin Edert ist bekanntlich diesen Herbst von der Sozialdemokratie zur kommunistischen Partei übergetreten, weshalb die Kirchenbehörde Antrag auf Dienstentlassung gegen ihn stellte. Die Disziplinarverhandlung fand nunmehr vor dem kirchlichen Dienstgericht in Karlsruhe statt und endete mit folgendem Urteilsspruch: „Pfarrer Edert wird aus dem Kirchendienst entlassen mit der Wirkung des Verlustes der Amtsbezeichnung, des Einkommens, des Anspruchs auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung, sowie des Rechtes zur Vornahme von Amtshandlungen. Er hat die Kosten des Dienststrafverfahrens zu tragen.“ Damit hat das kirchliche Disziplinargericht dem Antrag der Kirchenbehörde auf Amtsenthebung von Pfarrer Edert entsprochen. Das Dienstgericht war der Meinung, daß die Zugehörigkeit zur kirchlichen und kirchenfeindlichen kommunistischen Partei mit der Stellung eines Geistlichen der Ev. Landeskirche unvereinbar ist.

Mordtaten

Der Gemeindevorsteher Hooge in Kattenvenne (Westf.) wurde durch einen Schuß, der durch das Fenster seiner Schreinerwerkstatt drang, in den Rücken getroffen und tödlich verletzt; anschließend handelt es sich um einen Raubakt. — Bei Freienohl (Reg.-Bez. Dortmund) wurde der Förster Stock erschossen im Walde aufgefunden. Der Tat verdächtig ist ein 23jähriger Erwerbsloser. — In Dresden erstach nachts ein junger Mann ein Mädchen auf offener Straße im Verlauf eines wegen Gelbangelegenheiten geführten Streites. — Im Norden Berlins schoß ein 23jähriger Kaufmann nach einem Wirtschaftsstreit auf der Straße wild um sich. Die Angestellte einer Klinik, die zum Fenster geeilt war, erhielt hierbei einen lebensgefährlichen Kopfschuß. Die Polizei mußte schließlich den Rasenden durch einen Schuß kampfunfähig machen.

Reins zum Tode verurteilt

In Berlin ist der Geldbriestragerrörder Ernst Reins wegen Mordes in Lateinisch mit Raub mit Todesfolge zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden. Reins hatte einen Briefträger in sein Zimmer gelockt, erschlagen und beraubt. Die mitangeklagte Schwester Sophie Reins wurde wegen Hehlerei zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt, die Mutter freigesprochen.

Ungeklärter Tod eines Landtagsabgeordneten

An der Ostbahnstrecke zwischen Stolberg und Bietz wurde in den frühen Morgenstunden in einem Wassergraben eine männliche Leiche gefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um den preussischen Landtagsabgeordneten Leonhardt (W.P.) handelt, der auf der Fahrt von Schneidemühl nach Berlin aus dem D-Zug gestürzt sein muß. Obwohl zahlreiche Momente für einen Unglücksfall sprechen, ist der Fall noch nicht aufgeklärt. Die Möglichkeit, daß Leonhardt einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, wird von den Untersuchungsbehörden noch eingehend geprüft.

400 Koreaner von Räubern getötet

Meldungen aus Mukden zufolge sind auf einem Landgut bei Tungliao 400 koreanische Bauern von Räubern niedergemetzelt worden. Das Landgut gehört einem Millionär aus Tokio. Die Räuber belagerten das Gut drei Tage und verlangten die Herausgabe von 300 Gewehren. Als die Forderung abgelehnt wurde, zerstörten sie alle Gebäude und töteten sämtliche Bewohner.

Württembergischer Landtag

Die kommunistische Landtagsgruppe hat — ein Vorgang, der sich gegenwärtig öfter wiederholt — in einem Schreiben an den Landtagspräsidenten die sofortige Einberufung des plenums beantragt mit der Tagesordnung: Stellungnahme des Landtags zur sofortigen Zurückziehung der neuen Notverordnung der Reichsregierung nach dem folgenden Antrag: „Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu beantragen, bei der Reichsregierung die sofortige Aufhebung der neuesten Notverordnung zu fordern. Der Landtag lehnt es ab, diese neueste Hunger- und Diktaturverordnung für Württemberg zur Durchführung zu bringen.“

StB. Stuttgart, 13. Dez. Am Dienstag, 15. Dezember d. J., feiert Staatspräsident Dr. Volz seinen 50. Geburtstag. Geboren am 15. 12. 1881 in Rottenburg, studierte Dr. Volz auf den Universitäten Tübingen, Bonn und Berlin Rechtswissenschaft und trat dann in den württembergischen Justizdienst ein. Sehr frühzeitig wandte er sich auch der Politik zu und wurde schon 1912 — erst 31 Jahre alt — vom Zentrum in den Reichstag gewählt, dem er bis heute ununterbrochen angehört. Mitglied des württembergischen Landtags ist er seit 1913. Nach dem Tode des Justizministers Dr. von Riene wurde Abgeordneter Volz — damals Amtsrichter in Rottenburg — am 29. Oktober 1919 dessen Nachfolger. Eine Berufung zum Reichsfinanzminister lehnte er im März 1920 ab. Am 2. 6. 1923 übernahm er an Stelle des verstorbenen Ministers Graf das Ministerium des Innern. Am 8. Juni 1928 wurde er vom Landtag zum württembergischen Staatspräsidenten gewählt.

Aus Württemberg

Verboten ist ...

Nach der Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 ist außerhalb der eigenen Wohnung das Tragen von Abzeichen oder von einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnen, verboten. Das Verbot gilt für jedermann. Weiterhin sind mit sofortiger Wirkung bis zum 3. Januar 1932 einschließlich alle öffentlichen politischen Versammlungen in geschlossenen Räumen sowie alle politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel verboten. Als politisch im Sinne dieser Vorschrift gelten alle Versammlungen und Aufzüge, die zu politischen Zwecken oder von politischen Verbindungen oder Vereinigungen veranstaltet werden. Für die gleiche Zeit ist es verboten, Plakate, Flugblätter und Flugchriften politischen Inhalts an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen anzuschlagen, auszustellen, zu verbreiten oder sonst der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die Notlage der Amtskörperschaften.

Der Ausschuss des Landesverbands württ. Amtskörperschaften kam in seiner letzten Sitzung nach eingehender Prüfung der Finanzlage der Amtskörperschaften zu dem Ergebnis, daß eine Reihe von Amtskörperschaften nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft Deckung für die bestehenden und noch zu erwartenden Mehraufwendungen in der Wohlfahrtserverswerbslosenfürsorge zu beschaffen. Er beschloß, dem Württ. Staatsministerium, dem Württ. Innen- und dem Württ. Wirtschaftsmiisterium von der Sachlage Kenntnis zu geben und dringend zu bitten: a) beim Reich auf eine sofortige Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge durch Vereinigung der Krisenfürsorge mit der Wohlfahrtserverswerbslosenfürsorge unter namhafter Beteiligung des Reichs und der Länder an den Kosten dieser Reichsarbeitslosenfürsorge nach den Vorschlägen des Deutschen Landkreistags, sowie auf eine Entlastung der Gemeinden und Amtskörperschaften hinzuwirken; b) Erhöhungen der Amtskörperschaftsumlagen, die durch die gesteigerten Aufwendungen auf die Krisen- und Wohlfahrtserverswerbslosenaufwendungen verur-

sacht werden, auch über den auf 31. Dezember 1930 festgesetzten Betrag hinaus zu genehmigen und alsdann den Gemeinden entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen; c) den besonders stark belasteten Amtskörperschaften Unterstützungen aus den durch die Gehaltskürzungen im württ. Staatshaushalt erzielten Einsparungen zu gewähren.

Einführung von Netz- und Bezirkskarten in Württemberg.

Zum 1. Januar 1932 führt bekanntlich die Reichsbahn Netz- und Bezirkskarten ein. Netzarten sind Karten, die auf eine gewisse Dauer für ein bestimmtes abgegrenztes Netz gelten. Deutschland ist in 16 große Netze eingeteilt worden. Die großen Netzarten gelten für ein großes geschlossenes Wirtschaftsgebiet bis zu 6000 Kilometer, die kleinen Netzarten bis zu 1000 Kilometer. Württemberg liegt im Netz Südwestdeutschland, das ganz Württemberg und Baden umfaßt und außerdem bis Basel, Schaffhausen, Lindau, Nördlingen, Würzburg, Frankfurt, Wiesbaden und Zweibrücken geht. Außerdem ist Württemberg in vier weiteren Netzen verankert. Die Netzarten gelten für einen Monat, und zwar für Personen-, Eil- und Schnellzüge ohne Zuschlag. Die großen Netzarten kosten 100 Rm. für die dritte Klasse und 120 Rm. für die zweite Klasse. Zwei Netze aneinandergeschlossen kosten 160 bzw. 208 Rm., drei Netze 200 bzw. 260 Rm.

Die kleinen Netzarten sind die Bezirkskarten, die für unseren engeren Verkehr in Frage kommen. Sie eignen sich auch als Dauerausflugskarten. Die großen Bezirkskarten gelten für ein Netz von 1000 Kilometer, die kleinen Bezirkskarten für ein Netz von 600 Kilometer. Die Bezirkskarten sind weiter gruppiert in solche für Eil- und Personenzüge. Die einzelne Strecke, die befahren werden kann, geht in der Länge nicht über 100 bzw. 75 Kilometer. Die Preise für die große Bezirkskarte sind bei Personenzügen 50 Rm. für die 3. Klasse und 65 Rm. für die 2. Klasse; bei Eilzügen 65 bzw. 80 Rm. Die kleinen Bezirkskarten kosten 40 Rm. für die 3. und 52 Rm. für die 2. Klasse; bei Eilzügen 52 bzw. 65 Rm. Bei Benützung von Schnellzügen ist der normale Zuschlag zu bezahlen. Auch die Bezirkskarten sind nicht übertragbar. Der Umfang der großen Bezirkskarte von Stuttgart aus geht zum Beispiel nach Wildbad, Bretten, Wimpfen, Heilbronn, Dethringen, Hall, Gaildorf, Badnang, Gmünd, Geislingen, Urach, Tübingen, Hechingen, Horb, Pforzheim. Die kleine Stuttgarter Bezirkskarte geht in den Schwarzwald nach Calw, außerdem nach Maulbronn, Heilbronn, Gmünd, Urach, Göppingen, Herrenberg. Die südliche Karte erstreckt sich von Stuttgart nach Ulm, Laupheim, Aulendorf, Altschulden, Blaubeuren, Sigmaringen, Tuttlingen, Schwenningen. Die östliche Karte erfaßt Heilbronn, Crailsheim, Ellwangen, Alen, Ulm, Schelllingen, Mönningen, Neutlingen, Tübingen. Mergentheim ist auf einer badischen Karte berücksichtigt. Oberschwaben und das Bodenseegebiet wird von einer Karte von Reutlingen aus umfaßt. Die Karte von Karlsruhe aus reicht bis Stuttgart über und geht bis Horb, Tübingen und Neutlingen.

Außer Monats-Bezirkskarten gibt es auch Teil-Bezirkskarten, die nur für 7 Tage gelten. Sie kosten bei Personenzügen 12 Rm. für die 3. Klasse und 22 Rm. für die 2. Klasse, bei Eilzügen 22 bzw. 27 Rm. Eine kleine Teil-Bezirkskarte (Ausflugskarte) kostet bei Personenzügen 14 bzw. 18 Rm., bei Eilzügen 18 bzw. 22 Rm. Die Einführung der Netz- und Bezirkskarten wird für die Reichsbahn vornehmlich ein Defizitgeschäft sein. Die Reichsbahn hofft aber immerhin, durch Steigerung des Verkehrs das Defizit einigermaßen auszugleichen. Die einzelnen Karten müssen nach Ablauf zurückgegeben werden. Bei Zurückgabe wird dann die bei Beginn erhobene Vormerkgebühr von 10 Rm. für Netzarten und 5 Rm. für Bezirkskarten wieder zurückgegeben.

Die Reichsbahn macht zurzeit in Baden einen Versuch mit Rundreisefarten. In diesen Versuch ist an Baden angrenzendes württembergisches Gebiet mit einbezogen. Die Preisermäßigung beträgt 25 Prozent.

Aus Stadt und Land

Calw, 14. Dezember 1931.

Weihnachtsfeier des Turnvereins Calw.

Der Turnverein Calw von 1846 hielt nach zweijähriger, infolge der Not der Zeit hervorgerufenen Unterbrechung der alten Tradition heuer wieder eine Weihnachtsfeier für seine Mitglieder und Freunde ab. Im weihnachtlich geschmückten großen Saal des Badischen Hofes hieß der Vereinsvorstand, Verwaltungsdirektor P r o s s, die Erschienenen herzlich willkommen und wünschte ihnen in einer freundlichen Ansprache einen angenehmen Abend. Dann sang man, während der Christbaum im Glanze der Kerzen erstrahlte, ein Weihnachtslied, von der unter Leitung von Lehrer P e n s l e r spielenden städtischen Hauskapelle des Vereins begleitet. Diesem weihnachtlichen Auftakt folgte ein überaus abwechslungsreiches, treff durchgeführtes turnerisches Programm, welches den augenfälligen Beweis erbrachte, daß der Verein einen außerordentlichen Hochstand erreicht hat und durch die pflichteifrige und hingebungsvolle Arbeit seiner Turnwart, Turner und Turnerinnen zu den schönsten Leistungen befähigt ist. Die Jugendturner warteten mit neuartigen Gewandtheitsübungen, die Turner mit einem sehr wirkungsvollen Fahnenzügen und prächtigen Barrenturnen auf. Schließlich vereinigten sich Turner und Jungturner, um imposante Pyramiden zu stellen, welche, die große Bühne in ihrem gesamten Ausmaß einnehmend, stürmischen Beifall fanden. Die Turnerinnen führten mit Exaktheit rhythmische Gymnastik und Keulenschwingen vor und erzielten mit den reizenden rhythmischen Übungen „Die lustigen Sechser“, die wiederholt aufgeführt werden mußten, den stärksten Beifallserfolg des Abends. Bei der Begleitung der Turnübungen und im Vortrag von Unterhaltungsmusik wurde die aus Mitgliedern der Handballabteilung zusammengestellte Hauskapelle des Vereins ihrer Aufgabe voll und ganz gerecht. Eine reich mit Gewinnen bedachte Gabelverlosung leitete zum zweiten Teil der wohl gelungenen Feier über, welcher die Aufführung eines dreiaktigen tollen Schwankes folgte. Die eigentlich für sich schon einen Abend füllende Aufführung ging, von den Damen S. H e h l, S. F i n k, S. B a c h e r und S. H e i m g ä r t n e r, sowie von den Herren D. K i e n z l e, K. W i n z, A. G r e i n e r, J. K e d e i f e n und W. W i d m a n n flott und schmissig gespielt, so launig in Szene, daß die Zuschauer gar nicht aus dem Laden herauskamen und den vorzüglichen Spielleistungen verdienten Beifall zollten. Zu stark vorgedrückter Stunde fand die Feier ihren Abschluß. Sie hat erneut bestätigt, daß der Calwer Turnverein feste zu feiern versteht und gewiß bei allen Teilnehmern volle Anerkennung gefunden.

Konzertabend des Turnvereins Hirsau

Der Turnverein Hirsau hatte im Einvernehmen mit der Kurkapelle unter Leitung von Karl Schöninger aus Pforzheim am Samstagabend in das Hotel zum „Löwen“ zu einem Konzertabend eingeladen. Der Konzertleiter hatte zu diesem Zweck ein sorgfältig ausgewähltes Programm zusammengestellt, dessen exakte Durchführung seiner Kapelle alle Ehre machte und mit Recht wohlverdienten Beifall fand. Neben verschiedenen großen Ouvertüren und Fantasien gefiel vor allem ein großes Weihnachtspotpourri, bei dem alle möglichen Instrumente Verwendung fanden und das die Zuhörer in eine weihnachtliche Stimmung versetzte. Man hätte dem wirklich genrehreichen Abend einen besseren Besuch gewünscht, aber die ungeheure Not der Zeit beginnt allmählich sich auf allen Gebieten auch des öffentlichen und geselligen Lebens katastrophal auszuwirken.

Wetter für Dienstag und Mittwoch

Von Westen her dehnt sich ein Hochdruckgebiet bis nach Süddeutschland aus. Die nördliche Depression wandert ostwärts. Für Dienstag und Mittwoch ist zeitweilig heiteres, ziemlich kaltes Wetter zu erwarten.

KAMPF OMEGA

Roman von Kurt Martin Copyright by Verlag Neues Leben, Bayr. Gmain.

„Sie können ja überwindlich! — Und wollen? — Ich sage Ihnen das eine: Erfüllen Sie bis morgen Mittag meine Forderungen nicht, dann wird noch morgen Fräulein Nissander verhaftet. Ist Ihnen das angenehm?“

„Ich werde alles der Polizei bekannt geben.“
„Demüssen Sie sich nicht! Sie könnten mir nichts nachweisen, was mich belastet. Aber in diesem Falle — wenn Sie also ein falsches Spiel trieben und mich verraten würden — setzen Sie das Leben Ihrer Tochter in Gefahr.“

„Nissander wollte. Er starre entsetzt auf Komitako. „Das wagen Sie zu sagen? — Das wollen Sie tun?“
„Es wäre die Antwort auf einen Verrat Ihrerseits. Ich warne Sie! Hüten Sie sich, einem Dritten gegenüber über unsere Verhandlungen zu sprechen! Schweigen Sie gegen jedermann! — Erinnern Sie mir Unannehmlichkeiten — Ihre Tochter würde es wissen: Sie können sie dann mit Detektivern umgeben. Sie können sie heimlich fortbringen, Sie können unternehmen, was Sie wollen — Ihre Tochter wird zu finden und — zu treffen sein.“

„Nissander sank schwer auf den Stuhl nieder. „In welche Falle bin ich jetzt geraten!“
Komitako zeigte wieder sein plattes Lächeln. „Das war ein kleiner Abweg von unserer angenehmen Unterhaltung. — Sie werden schwören, und Sie werden es nicht dazu kommen lassen, daß man Fräulein Nissander verhaftet.“

„Nissander hob den Kopf. „Lassen Sie mich Ihnen doch erklären, daß ich Ihnen morgen gar keine Auskunft geben kann, daß ich meine Aufzeichnungen nicht ...“
„Sparen Sie sich die Worte! Sie haben ja die Papiere alle bei der Hand.“

„Dann geben Sie sie mir! Schaffen Sie mir diese verfluchten Aufzeichnungen herbei!“
„Das ist nicht nötig. Was Sie besitzen, braucht man nicht erst herbeizuschaffen.“

„Aber ich kann nicht sprechen!“

„Gut, dann wird morgen Fräulein Nissander verhaftet.“
„Sie wollen sie schuldlos ins Gefängnis bringen?“
„Nicht schuldlos! Sie hat die geraubten Papiere befreit.“

„Das ist ja nicht wahr!“
„Es ist bestimmt wahr! Da Nissander stiftete Mag Ohlsmark an, die Papiere zu stehlen.“

„Nissander taumelte empor. Er hielt sich krampehaft mit beiden Händen an Tisch fest. „Was sagen Sie da? Was ist mit dem Ohlsmark?“
„Da Nissander hat Mag Ohlsmark bestimmt, die Papiere zu stehlen.“

„Das ist ja verrückt!“
„Mag Ohlsmark stürzte auch den Döbbsch aus. Er entsetzte damals abends gegen zehn Uhr die Papiere aus Ihrem Tresor und war nach Schluß der Sondersführung bei Fräulein Nissander im Anstich.“

„Dort übernahm er ihr die Papiere. Sie führten mit Fräulein Nissander zu deren Wohnung. Da Nissander hatte auf dieser Fahrt die Papiere bei sich.“

„Nissander schrie schreiend: „Wein und abermals nein! Das ist ja verrückt, das ist Wahnsinn! Was sollte denn Fräulein Nissander anfangen?“
„Komitako lächelte kalt. „Sie sollte sie für mich herbeischaffen. Ich sah ihr den Pulver.“

„Nissander rief sich mit beiden Händen an den Kopf. „Ich werde verrückt! — Das ist ja alles Wahnsinn! — Da sollte ein Verräter verräterisches Spiel mit mir treiben haben?“
Er schrie, und seine Stimme überschlug sich. „Sie haben sich das alles zusammengedacht! Nur um mich in die Enge zu treiben!“

„Ich zähle nur Tattachen auf. — Da Nissander lobt Sie eher eben wirklich. Sie dürfen zufrieden mit ihr sein! — Auf der Heimfahrt an jenem Abend gab sie Ihnen die Papiere zurück. Sie hat Sie über alles unterrichtet, war scheinbar mir dienlich und besorg mich auf durchtriebene Weise! — Sie hatten die Papiere schon wieder bei sich, als Sie dasheim den Döbbsch entdeckten!“

„Was ist das? Da soll —? Ich hätte die Papiere von ihr erhalten? — Sie hätte ...?“
„Es lag noch einer auf der Lauer, ohne daß ich es wußte: Daniel Leobis! Er wollte sich die Papiere holen; er wußte von Mag Ohlsmarks Absicht, hatte wohl alles beobachtet. Er ließ den Ohlsmark ruhig die Papiere bei Ihnen stehen und

frühe zu Fräulein Nissander bringen. Dann aber verrechnete er sich! Er dachte, das Mädchen habe die Papiere mit heimgenommen, und er brach nachts bei ihr in die Wohnung ein, überfiel sie, betäubte sie, suchte die ganze Wohnung nach den Papieren ab, fand sie nicht und floh. Er fürchtete, Spuren hinterlassen zu haben, und verließ in Eile die Stadt.“

„Nissander schloß die Augen. Seine Gedanken schossen wild durcheinander. Was war Wahrheit von dem, was Komitako sagte — was war Lüge? — Was wußte dieser Mann? Was phantasierte er nur zusammen? — Was war mit Fräulein Nissander war Mag Ohlsmark damals am Abend nach der Vorstellung bei ihr? Warum hatte sie gesagt, er habe ihr Blumen gebracht, und hatte dabei gelogen? Warum war sie so forderbar an dem Abend? Warum sollte er nicht mit in ihre Wohnung gehen? — Was war das alles? — Zufälligkeiten? — Wollte dieser Japaner ihn verrückt machen?“

„Komitako fragte schroff: „Sie wollen hoffentlich nicht leugnen, die Papiere von Fräulein Nissander zurückhalten zu haben?“

„Nissander sagte: „Das ist ja alles nicht wahr!“
„Behalten Sie! Ich werde diese Tattachen, soweit ich es für gut finde, morgen der Polizei bekanntgeben, wenn Sie meine Forderungen nicht erfüllen! — Sie werden sich vor der Staatsanwaltschaft zu verantworten haben, daß Sie die Polizei irreführten! Sie alarmierten die Behörden wegen eines Diebstahls, der mit Ihrem Wissen ausgeführt wurde, und der im Grunde gar keiner war, weil die Mittelsperson bei diesem Verbrechen — Fräulein Nissander — sich aus Anhänglichkeit auf Ihre Seite stellte und Ihnen die Papiere wieder zurückgab. Es erschien ihr vornehmlicher, die Gattin Professor Nissanders zu werden, als die bezahlte Helfershelferin im Dienste einer fremden Macht zu sein. — Fräulein Nissander weiß, wie ich über sie denke. — Sie sind Sie verrückt, daß sie mich kennt! Sie weiß, daß ich sie vernichten kann. Und ich schone sie nicht! Ich richte sie zugrunde, wenn Sie mir Ihre Erfindung nicht verkaufen!“

„Nissander schloß. „Was ist das für ein Spiel? — Ich komme von Sinnen! — Wo ist die Wahrheit? — Was Sie da sagen, das sind ja alles sinnlose Phantasieereien!“
„Es sind Tattachen!“

„So, dann soll auch das Tattache sein, daß ich die Papiere zurückgehe! — Es ist ja alles nicht wahr!“
(Fortsetzung folgt.)

Weihnachtsmusik in Bad Liebenzell

Bergangenen Samstagabend fand im Liebenzeller Gemeindehaus eine erhabende musikalische Weihnachtsfeier für die Eltern der Schulkinder statt. Ein freiwilliger Schülerchor, unterstützt von einem kleinen Orchester aus ortsanfälligen Musikern, brachte unter der bewährten Leitung von Hauptlehrer Lautenschlager Stücke alter klassischer Meister zum Vortrag. Die tiefempfundenen Klänge eines Händel, Neumark und J. S. Bach verlegten die zahlreich anwesenden Zuhörer in die richtige Weihnachtsstimmung. Vor allem aber war es der prachtvolle Schlusschor von Binz, Lübeck, der das Weihnachtsereignis in tiefempfundenener Musikalität zum Ausdruck brachte. Es bleibt eine erstaunliche Leistung, mit Kindern und ortsanfälligen Kräften eine solche erfolgreiche Aufführung zu veranstalten. Der reiche Beifall und die Schlussansprache von Stadtpfarrer Lempp bewiesen, daß die Darbietungen von Chor und Orchester aufs dankbarste begrüßt wurden. Besondere Anerkennung fanden die Solistin, Frau Edler, und der einheimische Violinvirtuose, Herr Wohlgemuth jun. Es ist erfreulich, daß die Künstler Mitte dieser Woche in der Kirche eine Wiederholung dieser Weihnachtsfeier für die ganze Gemeinde veranstalten.

Gemeinderatswahl in Neuweiler.

Letzten Samstag fand in Neuweiler die Gemeinderatswahl statt. Von 389 Stimmberechtigten stimmten 218 gleich 56 Prozent ab. Es wurden wiedergewählt: Waldlich, Jaf., Hoffert, 151 Stimmen; Schaible, Friz, Wagner, 103 St.; Tensel, Georg, 100 St.; Weber, Jaf., Schmied, 78 St. Neu hinzugewählt wurden: Seeger, Jaf., Wagner, 70 Stimmen; Kübler, Mch., Schreiner, 64 St. Aus gesundheitlichen Rücksichten haben die Herren Ph. Schlecht, Fräh, Gemeindepfleger, und Joh. Seeger, Hirschwirt, eine Wiederwahl abgelehnt. Am 19. Dezember findet die Bürgermeistereiwahl statt, da der seitherige Bürgermeister, G. Raft, aus dem Dienste ausscheiden wünscht. Und wieder 8 Tage später wird in der Teilgemeinde Hosselt der Gemeinderat gewählt.

Monbach, 13. Dez. Eine sehr segensreiche Einrichtung wurde im Monbachtal bei Bad Liebenzell geschaffen. Zurzeit erhalten dort fast 50 junge erwerbslose Kaufleute im Alter zwischen 18 und 25 Jahren unentgeltlich Unterricht in den Räumen des Jugendberufshilfsheims. Auf Veranlassung des Arbeitsamts für Süddeutschland, sowie unter sorgfältiger Aufsicht der Kursleitung wurden die Teilnehmer für den sechswöchigen Berufskurs zusammengestellt. Der bisherige Wirtschaftsleiter des Kurhauses im Monbach-

tal, Bah, hat das „Kurhotel Sonne“ auf dem Döbel erworben und bereits seit Mitte November den Betrieb übernommen.

Stuttgart, 13. Dez. In der Landesauskunftsstelle des Verkehrsverbandes Württemberg-Hohenzollern wurde u. a. über das Ergebnis des Fremdenverkehrs 1931 berichtet. In den meisten Orten ging der Verkehr zurück, und zwar in Wildbad bis 10 Prozent, in Liebenzell 11 Prozent, in Stuttgart 14,1 Prozent, in Mergentheim 10 Prozent. Allgemein wurde betont, daß seit der Juli-Notverordnung der Rückgang mit einem Schlag eingesezt habe. Sehr zurückgegangen ist auch der Ausländerverkehr.

Stuttgart, 13. Dez. Zum Nachfolger des auf 1. April 1932 in den Ruhestand tretenden Präsidenten der Oberpostdirektion Stuttgart, Dr. v. Mezger, ist, wie wir erfahren, Abteilungsdirektor Dettinger bei der Oberpostdirektion bestimmt worden. Präsident v. Mezger wird sein Amt bereits auf 1. Januar 1932 verlassen. Er hat sich in der vergangenen Woche auf einer Rundreise von den Postämtern im Lande verabschiedet.

Lüdingen, 13. Dez. Am Freitag abend gegen 1/2 10 Uhr wurde hier und in der Umgebung ein sehr heftiger Erdstöß verspürt.

Hilbronn, 13. Dez. Am Samstag vormittag handelte ein 28 Jahre alter lediger Sattler in der Wohnung seines Freundes in der Dammstraße mit einem Kleinkalibergewehr. Durch unvorsichtiges Handhaben löste sich ein Schuß und traf die Wohnungsinhaberin, eine 29 Jahre alte Schlosserchefrau, in den Hinterkopf, wodurch diese auf der Stelle getötet wurde. Bis ein weiterer in der Wohnung anwesender Mann vom Arzt zurückkam, hatte sich der Sattler mit derselben Waffe einen Schuß in die rechte Schläfe beigebracht, wodurch er schwer verletzt wurde. Er ist auf dem Transport zum Krankenhaus gestorben.

Billingen im Schwarzwald, 13. Dez. Wie in früheren Zeiten in kleinen Gemeinden die Wegebauarbeiten in Frondienst ausgeführt wurden, um das Gemeindebudget nicht zu sehr zu belasten, so sollen jetzt auch die Regenwetter fast unbegehbaren Wege in Fischbach-Sinklingen bei Billingen auf ähnliche Weise in Ordnung gebracht werden. Alle jungen Leute von 16 Jahren an werden zu diesen Arbeiten aufgerufen. Sie erhalten dafür pro Mann und Tag 1 Mark, Fuhrleute 3 Mark. Der Bürgerausschuß hat diesen Beschluß getätigt und das Bezirksamt hat ihn genehmigt. Wer nicht mitmacht, bezahlt pro Tag 3 Mark und hat einen Vertreter zu stellen. Für hartnäckige Weigerung sind durch das Bezirksamt Strafen bis zu 50 Rm. vorgezehen. Auf diese Weise können im Laufe der Zeit alle Wege der Gemeinde billig instand gesetzt werden.

Turnen und Sport

Fußball-Ergebnisse vom Sonntag

- FB. Calw 1. — BSC. Pforzheim 1:1.
- FB. Calw 2. — FB. Stammheim 5:1.
- Teinach-Zavelstein — FB. Liebenzell 1:0.
- FC. Altburg 2. — FC. Unterreichenbach 2. 6:1.
- Gehingen 1. — Althengstett 1. 1:0.
- Gehingen 2. — Althengstett 2. 2:4.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Holzverkauf.

Die Stadtgemeinde Calw hat 265 Festmeter Holz 4. bis 6. Klasse zum Taxpreis von 40 Prozent mit einer Einnahme von 2500 Mark verkauft, desgleichen 127 Raummeter Bindwurzholz als Grubenholz um 856 Rm.

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 12. Dezember

- Tafeläpfel 5-15; Tafelbirnen 8-20; Quitten 10-12; Walnüsse 25-30; Kartoffeln 4-5; Kopfsalat 5-10; Endivien-salat 5-10; Wirsing 5-6; Silberkraut 4; Weißkraut 4; Rotkraut 5-6; Blumenkohl 15-30; Rosenkohl 10-20; 1 Pfund 18-22; Grünkohl 110; rote Rüben 7-8; gelbe Rüben 5-6; Karotten, runde 6-10; Zwiebel 6-8; Gurken, große 20-60; Rettiche 3-8; Monatsrettiche 8-10; Sellerie 6-20; Tomaten 40-50; Schwarzwurzeln 30-55; Spinat 10-15; Kohlraben 4-7.

Viehpreise

Rosenfeld: Kühe 120-320, Kalbinnen 250-400, Jungvieh 80-200 M. — Spaichingen: Rinder 170, trüchtige Kalbinnen 300-450, Kühe 150-250 M.

Schweinepreise

Blaufelden: Milchschweine 7-14 M. — Bühlertann: Milchschweine 7-14 M. — Bönningheim: Milchschweine 7 bis 10,50, Läufer 10-30 M. — Craglingen: Milchschweine 9 bis 14 M. — Gaisdorf: Milchschweine 7-12 M. — Jätsfeld: Milchschweine 9-15 M. — Mainhardt: Milchschweine 9-14 M. — Nagold: Milchschweine 10-12, Läufer 13-22 M. — Schömberg: Milchschweine 7-13 M. — Weilderstadt: Milchschweine 4-8 M. — Balingen: Milchschweine 7-15 M. — Gerabronn: Milchschweine 8-13 M. — Jätsfeld: Milchschweine 8-15 M. — Giengen a. Br.: Saugschweine 9-14, Läufer 22-32 M. — Waiblingen: Milchschweine 9-13 M. — Rosenfeld: Milchschweine 9-17 M. — Rottweil: Milchschweine 7-15, Läufer 26 M. — Spaichingen: Milchschweine 6-11 M. — Troßingen: Milchschweine 9-15 M. — Waiblingen a. G.: Milchschweine 8-12, Läufer 35 M.

Alzenberg, den 14. Dezember 1931.

Todes-Anzeige

Berwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn u. Bruder

Erhard Stoll

im Alter von 16 Jahren unerwartet durch den Tod aus unserer Mitte gerissen wurde.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, 17. Dezember 1931, nachmittags 2 Uhr statt.

Der auf Donnerstag, den 17. d. Mts. bestimmte Termin zur Zwangsversteigerung des Anwesens der Jakob Heinkelmann, Schmiedmeisterseheleute in Calw, findet nicht statt.

Belektnotar Geathwohl in Calw

Backartikel

in ausgesucht guter Qualität und Preiswürdigkeit bei

K. Otto Vinçon, Telefon 171

Zavelstein

Im Wege der

Zwangs-vollstreckung

versteigere ich am 15. 12. 31 vorm. 9 Uhr gegen bare Bezahlung:

- 1 Hobelmesserschleifmaschine, 1 Zinkenfräsapparat, 1 Bandschleifmaschine.

Zusammenkunft b. Rathaus Weidenbach Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw

Suche

zwecks Hypothekenablösung auf gutes Rentenobjekt

30000 RM.

an 1. Stelle innerhalb 30% der heutigen Schätzung von Privathand.

Kein Agentenbesuch. Angebote unter E. W. 202 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Warnung

Ich warne jedermann vor der Verbreitung des völlig unwahren Gerüchtes, ich sei zahlungsunfähig und hätte meine Zahlungen eingestellt. Jeden, der ein solch unwahres Gerücht weiterverbreitet, werde ich unmissverständlich belangen. Hiemit erkläre ich öffentl., daß ich in vollständig geordneten finanziellen und wirtschaftl. Verhältnissen stehe und bitte mir nach wie vor völliges Vertrauen zu schenken. Ich stelle jedermann frei, sich über mich und meine Verhältnisse beim Bürgermeisterrat Gaugenwald zu erkundigen.

Georg Rupp Gaugenwald

Gesucht werden gegen gute Sicherheit von privater Hand

1000 RM.

Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Altburg, den 13. Dezember 1931.

Unerwartet rasch wurde uns unser lieber Sportkamerad

Erhard Stoll

durch einen Herzschlag entrisen. Durch sein stilles, schlichtes Wesen erwarb er sich die Liebe all seiner Sportfreunde und wir verlieren in ihm einen treuen, pflichterfüllten Menschen, der viel zu bald von uns scheiden mußte. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren!

Fußballklub Altburg

Teilen Sie jetzt ein!

Vergessen Sie aber nicht, den weitaus größten Teil Ihrer Werbegelder für die Anzeigenwerbung bereitzustellen. In diesen Zeiten ist die Anzeige der beste Werbehefner! Auf die Werbekraft der Anzeige verzichten heißt auf Umsätze verzichten! Eine gute Resonanz, gute Erfolge durch die Anzeige im

Calwer Tagblatt

Ski mit Bindungen und Stöcken in allen Größen empfiehlt
Karl Rehm, Wagnerel Infelgasse

Der **Weihnachtsbaumverkauf**

für die Einwohner der Stadt findet in meiner Gärtnerei statt. Vorrätig

schöne Weiß- und Kottannen alle Größen bei billigen Preisen u. schöner Auswahl.
Philipp Mast.

Leerer Raum

zum Unterstellen von Möbeln in Calw od. Hiesau gesucht. Angebote unter F. 200 an die Geschäfts-Stelle ds. Bl.

Trotz Notverordnung können

Sertilwaren

wie selbst der Preiskommissar zugibt, nicht noch weiter im Preise gesenkt werden, da diese größtenteils unter dem Stand der Vorkriegszeit sind.

Wir gewähren trotzdem von heute ab auf unsere sämtlichen Artikel einen

Sonder-Rabatt von 10 Prozent

Arbeitslose erhalten gegen Vorzeigen eines Ausweises einen Rabatt von 15 Prozent.

Geschwister Kleemann Calm

Biergasse 2

Marktplatz 24

Schneeschuh-

(Ehi-)

- Ausrüstung
- Bekleidung
- Zubehör

in größter Auswahl.

Schneeschuhe sind Vertrauensartikel und werden deshalb von mir persönlich in einer für Qualitätsarbeit bekannten allerersten Fabrik ausgesucht. Neben meinen Markenschuhs führe ich sehr preiswerte

Volks-Ski

von Mk. 12.50 an inkl. Bindung und Stöcke. Sondermünchen wird bereitwillig Rechnung getragen. Ehe Sie Ihren Bedarf anderweitig decken, besuchen Sie bitte mein Lager! Freie Besichtigung, kein Kaufzwang!

Reichert an der Brück

Wie

sollen die Leute es erfahren, daß Sie etwas zu verkaufen haben, wenn Sie es nicht bekannt machen

?

Geben Sie noch heute eine kleine Anzeige im Calwer Tagblatt auf. Sie werden von dem Erfolg überrascht sein.

Brennessel- und Birkenhaarwasser

für Haare und Haarboden
Flasche Mk. 1.50 bei

K. Otto Vinçon, Calw

Jahresabschluß-

Inventar-

Bilanz-

Betriebsübersicht

durch **A. Abenheimer**
Lehrer an der Neuen Höheren Handelsschule - Calw
Schillerstraße 1.

Das Calwer Tagblatt können Sie jederzeit bestellen!